

Auf Druck des Kanzlers

Jens Spahn tritt als Fraktionschef der Union zurück. Kritik an Vaterschaft durch Leihmutter in den USA

Von Kristian Stemmler

Diverse Skandale hat er überstanden – die »Maskenaffäre« oder den Kauf der Millionenvilla in Coronazeiten –, doch dieser fällt Jens Spahn auf die Füße. Dass der Unionsfraktionschef und sein Ehemann Daniel Funke eine [Leihmutter in den USA](#) angeheuert hatten, um Eltern zu werden, ließen CDU und CSU ihm nicht durchgehen. Am Sonnabend erklärte Spahn, der sich mit Funke und dem Kind in den USA aufhält, in einem Schreiben an die Fraktion seinen Rücktritt als deren Chef. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) hatte ihn laut *dpa* zuvor dazu aufgefordert. Die Kritik an dem CDU-Politiker war zuletzt sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Union stark angewachsen: Fehlende Glaubwürdigkeit, so der Tenor. Leihmutterschaft ist in der BRD verboten, die CDU spricht sich klar gegen eine Legalisierung aus, und auch Spahn selbst hatte klar gegen »einen gemieteten Mutterbauch« Stellung bezogen.

In seinem Schreiben an die Fraktion geht der 46jährige auf die Kritik nicht direkt ein und gibt auch kein Fehlverhalten zu. Er schreibt, ihm sei in den letzten Tagen bewusst geworden, »dass mein [persönliches Glück](#), gemeinsam mit meinem Mann eine Familie zu gründen und Vater zu werden, nicht vereinbar ist mit meinem politischen Amt«. Eines sei ihm jetzt klarer geworden: »Meine Familie ist mir das Wichtigste.« Der CDU-Mann, der gegen politische Gegner gern hart austeilt, erweist sich in eigener Sache als dünnhäutig: Die »zunehmende Unerbittlichkeit in der öffentlichen Auseinandersetzung« habe ihn »sehr nachdenklich gemacht«.

Das politische Ende für den Westfalen, der die Fraktion 14 Monate führte und dem Ambitionen auf das Kanzleramt nachgesagt wurden, kam schneller als erwartet. Erst am Mittwoch hatten Spahn und Funke via *Bild* mitgeteilt, dass sie Eltern eines Sohnes mit dem Namen Georg geworden seien und das Kind von einer Leihmutter in den USA ausgetragen worden sei. Die ersten Reaktionen waren positiv: etwa Glückwünsche von Merz, Vizekanzler Lars Klingbeil (SPD) und Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU).

Doch schnell kam Kritik auf. So erklärte Hubert Hüppe, Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU, bei einer Leihmutterschaft werde die Frau ausgebeutet. Es sei nicht gut, wenn sich Politiker mit Macht und Geld über nationale Verbote hinwegsetzten. Daniel Peters, Chef der CDU Mecklenburg-Vorpommerns, und Marion Rosin, Schatzmeisterin der Frauen-Union, forderten Spahns Rücktritt. Auch von den Kirchen kam Kritik.

Der frühere Gesundheitsminister wurde von mehreren Seiten daran erinnert, dass er 2015 in einem Interview gesagt hatte: »Als schwuler Mann und Christ kann ich mich persönlich nur sehr schwer mit der Idee eines gemieteten Mutterbauchs anfreunden.« Einfache Rechenaufgabe: Als der CDU-Bundesparteitag in Stuttgart im Februar 2026 das Verbot bekräftigte, schwieg Spahn, obwohl die Leihmutter in den USA zu dem Zeitpunkt bereits schwanger war.

Bei der Union, die eine lange Debatte und einen weiteren Verlust an Glaubwürdigkeit vor den Wahlen im September fürchtete, sorgte der Rücktritt für Erleichterung. »Die Entscheidung ist richtig und war unvermeidlich«, kommentierte Merz den Schritt. Im *ZDF*-»Sommerinterview« kritisierte Merz, dass Spahn die Partei und Fraktion »erst sehr, sehr spät über alles informiert« habe. »Wenn wir Zeit gehabt hätten, hätten wir das in Ruhe besprechen können, aber die Zeit hatten wir nicht«, sagte er.

In dem Interview schloss der Kanzler einen Personalumbau nach Spahns Rücktritt nicht aus. Es könne eine Gelegenheit sein, »noch einmal über die Aufstellung der Bundesregierung nachzudenken«. Als Spahns möglicher Nachfolger wird vor allem Kanzleramtschef Thorsten Frei (CDU) genannt, aber auch CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann, Innenminister Alexander Dobrindt (CSU), Fraktionsvize Günter Krings und Gesundheitsministerin Nina Warken (CDU) sind im Gespräch. Merz strebt eine Entscheidung nach Informationen von *dpa* vor seiner ab Ende Juli geplanten Urlaubszeit an. Der Unionsfraktionschef wird traditionell von den Vorsitzenden von CDU und CSU, also Merz und Markus Söder, vorgeschlagen.

<https://www.jungewelt.de/artikel/526322.unbefristete-elternzeit-auf-druck-des-kanzlers.html>